

Die Marke Linkspartei verblasst

FAZ

23.8.10

Doch der neuen Parteiführung fällt dazu bislang nichts ein / Von Mechthild Küpper

BERLIN, im August
Im Sommer 2010 erntet die Linkspartei die Früchte ihrer auf bloßes Wachstum ausgerichteten „Staubsauger-Strategie“. Erst kam die Nachricht, dass der Vorsitzende Klaus Ernst wegen seiner Reisekostenabrechnungen Ärger mit dem Staatsanwalt bekommen hatte. Sein Bundestagsmandat, das als Vollzeitstelle gilt und entsprechend alimentiert wird, ergänzte er bis zu seiner Wahl zum Parteivorsitzenden im Mai mit einer Teilzeitstelle bei der IG Metall. Dann kam die Nachricht, dass der erste Beschluss der neuen Bewirtschaftung nach dem Rostocker Parteitag darauf abzielte, eventuelle Einkommenseinbußen von Funktionäre durch die Partei ausgleichen zu lassen. So erfuhren die Partei und die Öffentlichkeit gleichermaßen überrascht, dass man bei der IG Metall auch mit einer halben Stelle mächtig viel verdient. Und man erfuhr, dass Gesine Löttsch und Klaus Ernst sich für ihr Stimmrecht im Fraktionsvorstand knapp 2000 Euro bezahlen lassen, was selbst Parteifreunde befremdet, die Parteivorsitzende großzügig bezahlen wollen.

Diese Affären betrafen Klaus Ernst und, in geringerem Maße, Frau Löttsch, die neuen Vorsitzenden der Linkspartei. Doch seit im Juli bekannt wurde, dass bei einer ersten Durchsicht der Mitgliederkartei im Saarland schon 900 Mitglieder als Nicht-Zahler aus der Statistik entfernt wurden, ist die Angelegenheit nicht mehr als Kampagne gegen den ungeliebten Ernst abzutun, wie es der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi versucht.

Sie ist auch nicht als Ost-West-Konflikt zu interpretieren, wenn auch die östlichen Landesverbände ihre Mitgliederstatistik korrekt führen und ihre Mitglieder mehr als doppelt so hohe Beiträge bezahlen wie die im Westen. Selbst Gysi, der Jurist ist, wählt die Konditionalform, wenn er über formal korrekte innerparteiliche Demokratie spricht: Wenn nach dem Saarland und Bayern „jetzt auch“ die anderen westlichen Landesverbände Kartelleichen strichen, „dann wären endlich auch die Delegierten-Zahlen beim Bundesparteitag völlig korrekt“. Mit anderen Worten: Bis die Mehrheitsverhältnisse auf Parteitagen den eigenen Satzungsregeln entsprechen, ist noch viel zu tun.

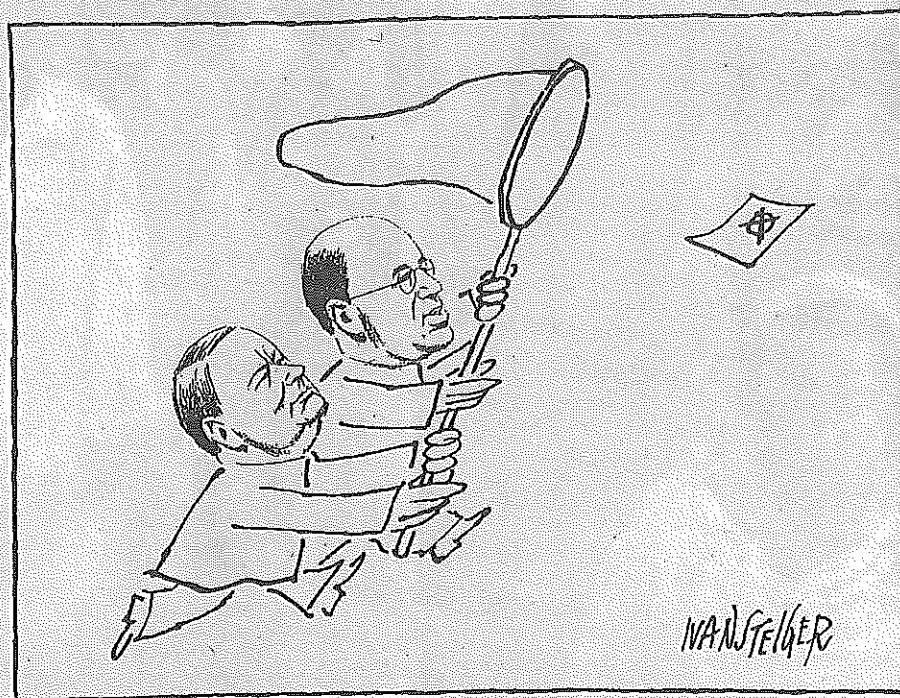
Die einen versichern treuherzig, wer von Hartz IV („Armut per Gesetz“ hieß der Wahlslogan der Partei Die Linke) le-

ben müsse, dem könne doch die Linkspartei nicht auch noch einen Beitrag abverlangen. Der andere versichert ebenso treuherzig, als Bundestagsabgeordneter, Mitglied im Fraktionsvorstand und Parteivorsitzender verdiene er „zu Recht“ 17 000 Euro im Monat.

Zwischen beiden Sachverhalten entsteht im Empfinden vieler eine unangenehme Spannung. Die einen zitieren einen anderen Wahlslogan („Reichtum begrenzen“), die anderen beteuern ge-

ment, das man selbst Kindern nicht durchgehen lässt: „Die anderen“ machen's ebenso.

Am Tag der Bundespräsidentenwahl zeigte sich, dass nicht nur die Partei-, sondern auch die Fraktionsführung hilflos und unvorbereitet war. Oskar Lafontaine, der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im saarländischen Landtag und Wahlmann der Bundesversammlung, schlug den Takt. Aber es half nichts: Zur Idee, es könne sich in



schäftsmäßig, es seien alle Vertreterversammlungen und Parteitage rechtmäßig zusammengetreten, im Übrigen seien Einspruchsfristen längst verstrichen.

Die Heil- und Hilflosigkeit der neuen Parteiführung hat oft auch komische Züge. Einmal spürte der Vorsitzende offenbar einfach keine Lust, zu seiner eigenen Pressekonferenz nach Berlin zu fliegen. Dann wieder behauptet die Vorsitzende nach einem Wochenende voller Nachrichten über Kartelleichen in Bayern und einer Beratung darüber im Vorstand, sie wisse gar nicht, wie viele Mitglieder dieser Landesverband überhaupt besitze. Und immer häufiger, ob es um überhöhte Bezüge oder überhöhte Mitgliederzahlen geht; hört man das Argu-

ment, das man selbst Kindern nicht durchgehen lässt: „Die anderen“ machen's ebenso. Deutschland ein linkes Lager um den ausdrücklichen antitotalitären Konsens bilden, für den der Kandidat Joachim Gauck stand, fiel der Linkspartei schier gar nichts ein. Wer das gesehen hat, wird es nicht vergessen.

Von Ernst hörte man an diesem Tag nichts, von Gysi wenig, Frau Löttsch griff Lafontaine-Ideen auf, und dieser wärmte den geschmacklosen Vorschlag auf, der Christliche Demokrat Klaus Töpfer könne doch gegen den CDU-Kandidaten für SPD, Grüne und Linkspartei kandidieren. Danach ließ Lafontaine in der Lieblingszeitschrift seiner Partei, „Stern“, melden: „Oskar ist wieder da. Er joggte, 18 Kilometer täglich, bis der Me-niskus hin war. Nun schwimmt er.“

Klaus Ernst schlug einen Oppositions-Gipfel vor. Die Jüngeren fuhren tapfer fort, sich in ihren diversen Gesprächszirkeln mit jüngeren Sozialdemokraten und Grünen zu treffen. Der stellvertretende Parteivorsitzende Bierbaum muss in Rheinland-Pfalz nach dem Rechten sehen, wo sich die Linkspartei mit innerparteilichen Querelen auf den Wahlkampf im Frühjahr 2011 vorbereitet. Geschäftsführer Werner Dreibus wurde nach Bayern geschickt, wo die im April gewählte Führung offenbar schon am Ende ist.

Das Allensbach-Institut stellte im Juli bei der Linkspartei ein Phänomen fest, das in der Marktforschung als Kennzeichen schwächer werdender Marken gilt: „Das Profil ändert sich nicht grundlegend, doch es wird insgesamt blässer.“ Nach der Gründung aus PDS und WASG 2007 sei die Partei so attraktiv gewesen, „dass sie die Wähler selbst bis in die Kern-Anhängerschaft der SPD und der Grünen ansprachen. Im Juli 2007 ordneten selbst SPD-Anhänger die traditionelle sozialdemokratische Kompetenz der Verteidigung sozialer Gerechtigkeit eher der Linkspartei als der eigenen Partei zu“, beobachteten die Sozialforscher.

Wenn die „soziale Gerechtigkeit“ der Linkspartei schon drei Jahre nach der Gründung nicht mehr weißer als weiß erstrahlt, liegt das daran, dass sie unter Lafontaine auf blindes Wachstum setzte und Versuche, die neue, gesamtdeutsche linke Partei programmatisch im Hier und Heute zu verorten, bewusst hintanstellte.

Inzwischen sind die innerparteilichen Fronten so verhärtet, dass es zu fast jedem beliebigen Thema einige wenige gibt, die grundsätzlich nein sagen, einige wenige, die prinzipiell ja sagen, und alle dazwischen ratlos sind, ob und wie offen sie überhaupt noch über irgendetwas diskutieren können.

Die Diskussion über den von Lafontaine und Lothar Bisky hinterlassenen Programmwurf wurde bisher in Zirkeln geführt. Die neue Parteiführung lieferte keinerlei Impulse dazu. Waren Ernst und Frau Löttsch vor dem Parteitag damit beschäftigt, möglichst unauffällig zu bleiben, so müssen sie hundert Tage danach erklären, warum es nur um sie selbst und nur um die Zahlen ging. Die Zahlen, die unter Lafontaine immer nach oben wiesen und die sich seit Lafontaine als nicht korrekt darstellen.